

## Bekanntmachung

### **Planfeststellungsverfahren für die Anlage eines Rad- und Gehweges entlang der Landesstraße Nr. 545 (L 545) zwischen Steinfeld und Scheibenhart; Abschnitt Steinfeld - Bienwaldmühle**

Der Landesbetrieb Mobilität Speyer hat für das o. a. Bauvorhaben die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens beantragt. Für das Vorhaben besteht die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gem. § 5a in Verbindung mit Anlage 1 des Landesstraßengesetzes (LStrG). Für das Bauvorhaben einschließlich der naturschutzrechtlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden Grundstücke in den Gemarkungen Steinfeld, Kapsweyer, Bienwald und Berg beansprucht. Der Plan (Zeichnungen und Erläuterungen) liegt in der Zeit vom 11.06.2012 bis 10.07.2012 bei der

- Verbandsgemeindeverwaltung Bad Bergzabern, Königstr. 61, 76887 Bad Bergzabern, während der Dienststunden (Mo. – Fr. 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr, Mo. – Mi. 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr und Do. 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr)
- Verbandsgemeindeverwaltung Hagenbach, Ludwigstr. 20, 76767 Hagenbach, während der Dienststunden (Mo. – Do. 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr, Fr. 8.30 Uhr bis 13.00 Uhr, Mo., Di. und Do. 15.00 Uhr bis 16.30 Uhr und Mi. 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr)
- Stadtverwaltung Wörth am Rhein, Mozartstr. 2, 76744 Wörth, während der Dienststunden (Mo. – Do. 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr, Fr. 8.00 Uhr bis 12.30 Uhr, Mo. – Mi. 14.30 Uhr bis 16.00 Uhr und Do. 13.30 Uhr bis 18.00 Uhr)

zur allgemeinen Einsichtnahme aus.

1. Jeder kann bis spätestens zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, also bis zum **24.07.2012**,

- beim Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Friedrich-Ebert-Ring 14-20 in 56068 Koblenz, (Anhörungsbehörde)
- bei der Verbandsgemeindeverwaltung Bad Bergzabern, Königstraße 61, 76887 Bad Bergzabern,
- der Verbandsgemeindeverwaltung Hagenbach, Ludwigstraße 20, 76767 Hagenbach,
- oder bei der Stadtverwaltung Wörth, Mozartstraße 2, 76744 Wörth

Einwendungen gegen den Plan schriftlich oder zur Niederschrift erheben. Die Einwendung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen.

Nach Ablauf dieser Frist sind Einwendungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, ausgeschlossen (§ 73 Abs. 4 S. 3 Verwaltungsverfahrensgesetz).

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner zu bezeichnen. Anderenfalls können diese Einwendungen unberücksichtigt bleiben.

2. Diese ortsübliche Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der
  - a) nach landesrechtlichen Vorschriften im Rahmen des § 63 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten Vereinigungen
  - b) sowie der sonstigen Vereinigungen, soweit sich diese für den Umweltschutz einsetzen und nach in anderen gesetzlichen Vorschriften zur Einlegung von Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten vorgesehenen Verfahren anerkannt sind von der Auslegung des Planes.
3. Rechtzeitig erhobene Einwendungen können in einem Termin erörtert werden, der ggf. noch ortsüblich bekannt gemacht wird.

Diejenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, bzw. bei gleichförmigen Einwendungen der Vertreter, werden von dem Termin gesondert benachrichtigt (§ 17 VwVfG). Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können sie durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten im Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Das Anhörungsverfahren ist mit Abschluss des Erörterungstermins beendet. Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich.

4. Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen und Stellungnahmen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.
5. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden nicht im Erörterungstermin, sondern in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.
6. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an die Einwender und an diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.
7. Das Vorhaben ist UVP-pflichtig. Die Nrn. 1, 2, 3 und 5 gelten für die Anhörung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Bauvorhabens nach § 5 a LStrG in Verbindung mit Anlage 1 zum LStrG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesetzes

über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) entsprechend. Der Plan besteht aus folgenden, auch für die Beurteilung der Umweltauswirkungen maßgeblichen Planunterlagen:

- Erläuterungsbericht
- Integrierte Lagepläne 1-13
- Integrierter Erläuterungsbericht landschaftspflegerischer Begleitplan mit Anhang 1: Artenschutzrechtliche Prüfung zur Betroffenheit streng geschützter Arten
- Bestands- und Konfliktplan
- Allgemeinverständliche Zusammenfassung gemäß § 6 UVP
- Fachbeitrag Artenschutz zur Prüfung der Betroffenheit besonders geschützter Arten
- Verträglichkeitsprüfung für das FFH-Gebiet 6914-301
- Verträglichkeitsprüfung für das VSG-Gebiet 6914-401

Es wird darauf hingewiesen,

- dass die für das Verfahren und die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zuständige Behörde die Planfeststellungsbehörde beim Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Friedrich-Ebert-Ring 14 – 20, 56068 Koblenz ist,
- dass über die Zulässigkeit des Vorhabens durch Planfeststellungsbeschluss entschieden wird,
- dass die ausgelegten Planunterlagen die nach § 6 Abs. 3 UVP notwendigen Angaben enthalten und
- dass innerhalb der Anhörung zu den ausgelegten Planunterlagen die Öffentlichkeit auch hinsichtlich der Umweltauswirkungen des Vorhabens gem. § 9 Abs. 1 UVP beteiligt wird.

8. Vom Beginn der Auslegung des Planes treten die Anbaubeschränkungen nach § 22 Landesstraßengesetz (LStrG) und die Veränderungssperre nach § 7 LStrG in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Träger der Straßenbaulast ein Vorkaufsrecht an den vom Plan betroffenen Flächen zu (§ 7 Abs. 6 LStrG).

9. Weitere Informationen zum Planfeststellungsverfahren können im Internet auf der Homepage des Landesbetriebes Mobilität Rheinland-Pfalz unter der Adresse [www.lbm.rlp.de](http://www.lbm.rlp.de) in der Rubrik „Aufgaben\ Planfeststellung“ abgerufen werden.